Nr. 4

Redaktion und Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia" Fernsprecher Nr. 1081.

Herausgeber: Ernst Sattler, Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad.

Druck: „Graphia", Karlsbad.



Sozialdemokratisches Wochenblatt

SONNTAG
9. Juli 1933

Bezugspreis für die CSR.:
Einzel-Nummer . Kč 1.40
Monatlich . . „ 6.—
Vierteljährlich . „ 18.—
Bezugspreis für das Ausland
Einzel-Nummer . Kč 2.—
Monatlich . . . „ 8.—
Vierteljährlich . „ 24.—

Hitler hat Angst vor der Revolution

Adolf Hitler, der Alleinherrscher, hat Angst. Er hat Angst von der Revolution.

In Reichenhall hat er zu seinen Unterführern gesagt: Rücksichtslos werde er sich der sogenannten „zweiten Revolution entgegenstellen, denn diese könne nur ein Chaos zur Folge haben.

Die sogenannte erste Revolution bestand in der Ermordung der politischen Gegner, ihrer Gefangensetzung und im Raub ihres Eigentums. Sie bestand in der Verwandlung einer Demokratie in einen Sklavenstaat.

Am 5. März stimmten — trotz Brandschwindel und Unterdrückung der Arbeiterpresse — die Mehrheit des deutschen Volkes, 56 Prozent oder 22 Millionen Männer und Frauen, nicht nationalsozialistisch. Diese 22 Millionen Deutsche sind heute ohne jede Vertretung, ohne Presse, ohne Organisation. Ihnen fehlt jede Möglichkeit, mit einander in Verbindung zu treten und ihre Meinung zu sagen.

Zehntausende sind aus ihren Aemtern gejagt, jeder Existenzmöglichkeit beraubt, in Konzentrationslagern eingepfercht. Andere Zehntausende sind mit dem nationalsozialistischen Parteibuch in die leergewordenen Posten eingerückt und fühlen sich als Herren.

Das war die erste Revolution. Nun warten die Massen auf die zweite, die ihnen die Erfüllung der gegebenen Versprechungen bringen soll. Und das nun ist die „zweite Revolution", der sich Adolf Hitler entgegenstellt.

*

Im „Reichswart" knüpft Graf Reventkow an den Sturz Hugenbergs verwegene Hoffnungen.

„Der groteske Zustand", schreibt er, muß jetzt endlich ein Ende nehmen, daß die Ministerien Hugenbergs für Großgrundbesitz und Großkapital kämpften und Hochburgen des reaktionären Klassengedankens bildeten."

So erfährt man aus berufenem Munde, daß es bis vor wenigen Tagen noch innerhalb der Regierung Adolf Hitlers Hochburgen des reaktionären Klassengedankens, Hochburgen des Großkapitals und der Großgrundbesitzer gegeben hat.

Sind sie verschwunden, seit die Kurt Schmitt, Feder und Darré sich in Hugenbergs Erbe teilten? Ach nein! Die „Hochburgen des reaktionären Klassengedankens bestehen in der Regierung weiter, und Adolf Hitler schützt sie vor der zweiten Revolution".

Wer spricht noch von Sozialisierung, von Verstaatlichung des Großgrundbesitzes? Hände weg, heilig ist das Eigentum — ausgenommen das Eigentum der Arbeiter.

Den Arbeitern darf man ihre Presse, ihre Kampffonds, ihre Vereinshäuser, ihre Einrichtungen stehlen. Expropriation der Expropriateure, Enteignung der Enteigner, war eine Forderung des verruchten Marxismus.

Der Hitlerismus expropriiert nur die Expropriierten.

*

Keine zweite Revolution! Der Geschäftsmann ringt die Hände, noch nie war sein Laden so leer. Der Bauer flucht, was nützen behördliche Preistreibereien, wenn kein Mensch zu erhöhten Preisen kaufen kann. Der anständige Beamte schämt sich, Verbrechern gehorchen zu müssen und ersehnt eine neue Aenderung der Dinge. Der SA.-Mann aber murrt. Er sieht seine Führer fressen, daß ihnen das Fett rechts und links aus dem Maul rinnt, aber für ihn ist die Tafel noch nicht gedeckt und er muß den Riemen noch immer eng ziehen.

Das alles aber sind die Schichten, mit denen Hitler die „erste Revolution" gemacht hat.

Die Meutereien reißen nicht ab. Zu den Marxisten und Stahlhelmern in den Konzentrationslagern gesellen sich immer mehr Leute von der SA. Das gibt dann explosive gefährliche Mischungen.

Adolf Hitler graut es vor der zweiten Revolution.

*

Diese zweite Revolution muß aber eine wirkliche sein und nicht bloß, wie die erste, eine in ihr Gegenteil umgelogene Konterrevolution.

Die Revolution wird nur dann wirklich sein, wenn sie mit den Verbrechen der Konterrevolution und den Verbrechern selbst schonungslos aufräumt, dem arbeitenden Volke die geraubten Rechte wiederbringt und die Hochburgen des Großkapitals wie des Großgrundbesitzes dem Erdboden gleichmacht. Das ist dann keine „nationale" Revolution mehr, sondern eine sozialistische!

Träger dieser Revolution kann nur die Arbeiterklasse sein. Ein Wort von Karl Marx, das zeitweilig außer Kurs war, hat heute für Deutschland wieder volle Geltung:

„Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten."

Das ganze deutsche Volk, von dem regierenden Verbrechertum abgesehen, hat heute nichts mehr zu verlieren als seine Ketten. Das ganze deutsche Volk aber hat heute vor sich selber und der Menschheit nur die eine große Pflicht, sich von einem Regime zu befreien, das für Jahrtausende der schlimmste Schandfleck seiner Geschichte bleiben wird!

Wo ist Stelling?

Verwundet und verschollen

Angehörige und Freunde sind in höchster Sorge um das Schicksal Johannes Stellings.

Stelling wurde am 21. Juni von SA. aus seiner Wohnung geholt und schwer verletzt. Seitdem fehlt von ihm jede Nachricht.

Der 21. Juni ist bekanntlich der Tag der Massenverhaftung sozialdemokratischer Funktionäre in ganz Deutschland. Es ist auch der Tag, an dem sich in Köpenick die Tragödie Schmaus abgespielt hat.

An diesem Tage wurden in Köpenick etwa 40 Personen aus ihren Wohnungen geholt und zum Teil schwer mißhandelt. Zu denen, die am schlimmsten zugerichtet wurden, gehörte Johannes Stelling.

Man transportierte ihn dann ab — angeblich in ein Krankenhaus. Aber niemand ist imstande, oder bereit, Auskunft zu geben, wo sich Stelling befindet.

Ungezählte Gänge zur Polizei blieben erfolglos. Offenbar wußte die Polizei selber nichts und hatte sie auch nicht die Möglichkeit, sich zu unterrichten.

Man entschloß sich also, zum Führer der SA zu gehen. Dieser erklärte: „Herr Stelling ist verletzt worden und wurde dann entlassen." Auf die Frage, ob Stelling noch am Leben sei, gab er keine Antwort als ein verlegenes Achselzucken.

Stelling war Reichstagsabgeordneter, Mitglied des Parteivorstandes und des Exekutivkomitees der Sozialistischen Arbeiterinternationale. Er war früher zweimal Ministerpräsident von Mecklenburg. In seiner politischen Laufbahn hatte er sich viele Gegner, aber keine persönlichen Feinde geschaffen. Auch bei politischen Gegnern ist er wegen seiner unantastbaren Lauterkeit, seiner unbestechlichen Sachlichkeit und der Umgänglichkeit seines Wesens geschätzt.

Dieser Mann ist nun — aus keinem anderen Grunde, als weil er ein „Marxist" ist — wie ein Hund niedergeschlagen und verschleppt worden — niemand weiß wohin. Wochenlang können seine Angehörigen nicht erfahren, wo er sich befindet, ob er tot ist oder ob er noch lebt.

Das ist die Ordnung, die Adolf Hitler geschaffen hat!

Der Fall steht nicht allein. Täglich verschwinden Menschen, täglich werden in Wäldern und Flüssen Leichen gefunden. Bei Berlin allein in den letzten Tagen eine in der Zerpenschleuße, zwei in der Dahme bei Grünau, also in der Nähe von Köpenick!

Wo ist Johannes Stelling?

Johannes Stelling ermordet

Während des Druckes dieser Ausgabe erfahren wir aus zuverlässiger Quelle, daß Johannes Stelling nicht mehr unter den Lebenden weilt

Die schwarze Front muckt auf

Aufteilung des Großgrundbesitzes — die härteste Nuß!

Bei der Hitlerwahl sind schätzungsweise 3 bis 4 Millionen kleiner und mittlerer Bauern unter ihrer schwarzen Fahne in der Nazifront aufmarschiert. Jetzt fordern sie die Einlösung der ihnen tausendmal versprochenen Grundreform und es entspinnen sich an dieser Frage die schwersten Kämpfe. So hat am 28. Juni der Oberpräsident der Provinz Schlesien, Brückner, in einer Funktionär-Konferenz der schlesischen Bauern-Organisationen, die sämtliche unter nationalsozialistischer Leitung stehen, gefordert, daß

der gesamte Grundbesitz über eintausend Morgen und aller Boden, der nicht unter eigener Bewirtschaftung steht, zwangsweise enteignet wird.

Für die Berechnung des Wertes des zu enteignenden Bodens sollte die letzte Vermögenssteuererklärung des seitherigen Eigentümers als Grundlage dienen; dieser Wert solle jedoch nicht in bar erstattet werden, sondern durch Hingabe von Stücken einer aufzulegenden unverzinslichen und mit jährlich 1.5 Prozent zu amortisierenden Anleihe.

Wegen dieser Ausführungen, die in Schlesien stärksten Widerhall fanden, haben einige Großgrundbesitzer, deren Namen vorerst unbekannt sind, eine Beschwerde an den preußischen Ministerpräsidenten Göring, an den Reichskanzler Hitler und an den Reichspräsidenten von Hindenburg gerichtet. Herr Göring, als die vorgesetzte Stelle des schlesischen Oberpräsidenten, hat hierauf Herrn Brückner telegraphisch ersucht, die

„Propagierung solcher bolschewistischer Pläne unverzüglich einzustellen".

Ob und wieweit Herr Goering hierbei im Einverständnis mit Hitler oder auf Druck Hindenburgs gehandelt hat, ist unersichtlich. Jedenfalls aber hat Herr Brückner die Befolgung des an ihn ergangenen Befehls des preußischen Ministerpräsidenten abgelehnt mit der Erklärung, daß

dieser Befehl im unlösbaren Gegensatz stehe zu dem nationalsozialistischen Parteiprogramm,

dem er, Brückner, genau in demselben Umfange verpflichtet sei, wie der preußische Ministerpräsident und wie der Reichskanzler selbst. Im übrigen ersuchte Brückner um die definitive Entscheidung des Reichsstatthalters für Preußen, das heißt des Reichskanzlers Hitler, der „allein für die Regelung dieser für den Bestand der nationalsozialistischen Revolution lebenswichtigen Frage kompetent" sei.

Reventlow klagt an!

Graf Reventlow, der seit zehn Jahren eine führende Rolle in der nationalsozialistischen Bewegung innehat und heute zu dem oberen Führerkreis der Nazibewegung gehört, hat einen aufsehenerregenden Brief an Hitler geschrieben, in dem er zwar vorsichtig, aber in sachlich durchaus klarer Form, die Greueltaten der SA. zugibt und auf den „wahnsinnigen Haß" hinweist, der infolge dieser Bestialitäten in der Arbeiterschaft entstanden ist. Wir bringen den Brief auf der vierten Hauptblattseite.

Chaos in den Landeskirchen

Generalsuperintendenten im Konzentrationslager und im Hungerstreik. — Ein Aufruf den niemand zu drucken wagt. — SA.-Patrouillen bei Gotteshäusern.

„Gott und sein Werkzeug Adolf Hitler" haben nach den Worten des Staatskommissar für die evangelischen Landeskirchen Preußens, eines Herrn Jäger, „das bolschewistische Chaos von Deutschland abgewendet." Inzwischen hat hat das Werkzeug Gottes, Adolf Hitler, mitsamt seinem Staatskommissar in den evangelischen Landeskirchen selbst ein Chaos angerichtet, das mehr als bolschewistisch ist. Der Lärm wurde so groß, daß selbst der alte Reichspräsident wider alles Erwarten plötzlich erwachte und einen rührseligen Brief an Adolf Hitler schrieb, in dem er an dessen „Staatsmännische Weisheit" appelliert. Aber auch das wird nicht helfen, wenigstens nicht für die Dauer. Schon wehen auf den Kirchtürmen die Hakenkreuzfahnen und auch hier gilt das Wort des kleinen Goebbels: „Pardon wird nicht gegeben, es kommt jeder an die Reihe!"

Die reichsdeutsche Presse darf über den Krieg im evangelischen Lager nur die Berichte des nationalsozialistischen Hauptquartiers veröffentlichen. Die Veröffentlichung anderer Kundgebungen ist vom Propagandaministerium verboten. Die Bürger des Dritten Reiches können daher nicht erfahren, daß die Absetzung des Generalsuperintendenten Dibelius der Kurmark, Karowsin der Mark Brandenburg und des Bundesdirektors des Kirchenbundesamtes Dr. Hoselmann nur Symptome einer allgemeinen Erscheinung sind: Alle Generalsuperintendenten und sonstigen höheren Geistlichen, soweit sie deutschnationaler Gesinnung verdächtig sind, sind ihres Amtes enthoben, drei von ihnen sind in das Konzentrationslager abgeschoben, wo einer von ihnen in den Hungerstreik eingetreten ist. In der Nähe bestimmter Kirchen patroullieren an den Sonntagen Schupo und SA-Hilfspolizei.

Die Generalsuperintendenten der evangelischen Kirche der altpreußischen Union haben einen Aufruf erlassen, den kein einziges reichsdeutsches Blatt abzudrucken wagte. Das Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

Die preußische Staatsregierung hat einen Staatskommissir für die evangelischen Kirchen eingesetzt und die Umgestaltung des Kirchenwesens in eigene Hand genommen. Die Kirchenleitung hat dagegen feierlich Verwahrung eingelegt. Sie hat die Leitung des Reiches gebeten, der Kirche zu ihrem Recht zu helfen. Dieser Verwahrung schließen wir uns ausdrücklich an.

Die evangelische Kirche der altpreußischen Union ist durch diese Vorgänge in eine Lage von ungeheurem Ernst gebracht worden. Wir lassen die Rechtsfragen hier beiseite. Uns ist die geistliche Leitung unserer Sprengel anbefohlen. In der Verantwortung dieses unseres Amtes, in dem wir uns allein unserem Gott verantwortlich wissen, wenden wir uns an die Gemeinden unserer Sprengel und an ihre Geistlichen.

Das innerste Leben unserer Kirche steht auf dem Spiel!

Zwar ist die Versicherung abgegeben worden, daß die Souveränität des Evangeliums und seine freie Verkündung nicht angetastet werden soll. Aber Aeußeres und Inneres stehen in einer christlichen Kirche in enger Wechselwirkung.

Auch uns ist es ein ernstes Anliegen, daß Volk und Kirche sich finden. Auch wir sind entschlossen, durch die Arbeit der Kirche an der Einigung unseres Volkes mitzuarbeiten.

Aber solche Ziele dürfen in einer Kirche niemals mit politischen Machtmitteln verfolgt werden.

Niemals darf die Kirche dem Druck politischer Gewalten ausgesetzt werden. Sonst wird die mutige Verkündigung der evangelischen Wahrheit und die offene Erörterung der großen Fragen unseres Glaubens gefährdet. In einer Kirche, die allzu eng an den Staat gebunden ist, verkümmern die tiefsten Kräfte des Glaubens. Das lehrt die Geschichte. Vor allem darf das Evangelium der deutschen Reformation in einer politisch leidenschaftlich bewegten Zeit

nicht politisch verfälscht

werden. In dieser Gefahr steht unsere Kirche. Wir haben den Eindruck, daß man im Kreise der Männer, die jetzt vom Staat an die Spitze der Kirche gestellt werden, dieser Gefahr in Lehre und Haltung nicht selten erlegen ist. Eine Persönlichkeit, wie die des Pfarrers Hossenfelder, in dem höchsten geistlichen Amt unserer Kirche vermögen wir um unseres Gewissen willen nicht anzuerkennen.

Unsere schwere Sorge um die innere Zukunft unserer Kirche tragen wir vor Gott. Wir tragen sie vor die uns anvertrauten Gemeinden und vor ihre Pfarrer. Wir rufen sie auf, sich mit uns zusammenzuschließen, damit Volk und Kirche vor schweren Schaden bewahrt bleiben.

Am kommenden Sonntag wollen wir diese ganze Not unserer Kirche im Gottesdienst vor das Angesicht des lebendigen Gottes bringen.

Es soll ein Buß- und Betgottesdienst sein!

Wir bitten unsere Amtsbrüder, die Glieder unserer Gemeinden in dieser Zeit mit besonderer Treue um Gottes Wort zu sammeln. Wir bitten die Glieder der Gemeinden, den Pfarrern dabei zur Seite zu stehen. Die Zeit, die wir jetzt durchschreiten, muß eine Zeit heißer Fürbitte für die Kirche des Evangeliums sein!

Das Schicksal unserer Kirche liegt in Gottes Hand. Seiner Kraft und Gnade befehlen wir unsere Gemeinden! Ihm befehlen wir unser geliebtes deutsches Volk!

Ist Gott für uns, wer mag wider uns sein!

Die Generalsuperintenden der evangelischen Kirche der altpreußischen Union

*

Der Abdruck dieses Aufrufes der Generalsuperintendenten ist, wie schon gesagt, verboten worden. Die Aufforderung, den Sonntag dem 2. Juli, als Bet- und Bußtag zu begehen, ist von dem Staatskommissar mit der Weisung beantwortet worden, daß Dank- und Freudengottesdienste zu veranstalten seien. Beide Anweisungen sind unter Berufung auf Gott erlassen.

So haben Adolf Hitler und sein Werkzeug, der Staatskommissar Jäger, das bolschewistische Chaos abgewendet.

„Sichtbarlich!"

Torgler in Ketten!

Kalter Justizmord in Deutschland.

Der Prozeß um den Reichstagsbrand läßt auf sich warten. Noch wissen die großen Verbrecher nicht, ob sie sich vor der Welt die Komödie einer Gerichtsverhandlung leisten können. Noch fühlen sie sich nicht gesichert vor peinlichen Zufällen, durch die plötzlich doch die Wahrheit ans Licht kommen könnte.

Einstweilen präpariert man die Opfer. Wir erfahren aus unbedingt zuverlässiger Quelle, daß der frühere Vorsitzende der kommunistischen Reichstagsfraktion Ernst Torgler, den man wider besseres Wissens als angeblichen Komplizen des Brandstifters verhaftet hat, im Untersuchungsgefängnis Tag und Nacht in Ketten gehalten wird!

Torgler ist infolge dieser Behandlung dem vollkommenen seelischen Zusammenbruch nahe.

Man muß sich in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß sich Torgler selbst gestellt hat.

Als die Hitler-Göring-Regierung die Lüge verbreitete, Torgler — der am Abend der Brandnacht lange im Reichstagshaus geweilt hatte — sei ein Komplize des Van der Lubbe, wurde Torgler von Freunden geraten, sich schleunigst in Sicherheit zu bringen.

Im Gegensatz zu diesen Ratschlägen entschloß sich jedoch Torgler mit seiner Person der lächerlichen Lüge entgegenzutreten. Zu diesem Zweck begab er sich zusammen mit seinem Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld in das Polizeipräsidium, wo er festgehalten wurde.

Immer noch glaubte er, angesichts seiner offenbaren Unschuld an eine baldige Besserung seiner Lage. Am 23. März kündigte aber Adolf Hitler in seiner Reichstagsrede die öffentliche Hinrichtung der vorgeblichen Brandstifter an.

Seitdem wird Torgler gefangengehalten wie ein Tier, das zur Schlachtbank geführt werden soll.

Torgler ist verheiratet, er hat eine Frau und zwei Kinder in unmündigem Alter.

Paul Toller

Ein Jude, der ins Dritte Reich paßt.

Herr Paul Toller, der sich in Prag als Spion der Hitler-Regierung (in solchen Fällen ist jüdische Rasse kein Hindernis für eine Anstellung im Dritten Reich!) betätigte, ist ein Mann mit einer Vergangenheit, die zum Glück nicht allen Leuten unbekannt ist.

Den Rechtsausschuß des Preuß. Landtages hat Paul Toller seit etwa 1924 bis noch 1932 mit einer Unzahl von Gnadengesuchen bombartiert, denn Paul Toller, leider muß es gesagt sein, gehörte zur Stammkundschaft des Moabiter Kriminalgerichts, weil sein Unterscheidungsvermögen für Mein und Dein nicht allzu fein entwickelt war. Er galt als gewohnheitsmäßiger Betrüger.

In Briefen, mit denen er die sozialistischen Mitglieder des Ausschusses für den Erlaß seiner zahlreichen Strafen zu gewinnen suchte, protzte P. T. in aufdringlichster Weise, teils mit seiner angeblichen Verwandschaft zu dem Dichter Ernst T., teils auch mit seiner großzügigen Wohltätigkeit. Als eines der sozialistischen Ausschußmitglieder über diese Wohltätigkeit Tollers nähere Auskunft erbat, stellte sich heraus: P. T. hatte tatsächlich für verarmten jüdischen Mittelstand Gelder gesammelt und — die Gelder dann für sich verwendet!

Es ist immerhin interessant: Für jüdische Gelehrte wie Einstein und Prof. Borchardt, für jüdische Künstler wie Bruno Walter und Max Reinhardt, für jüdische Dichter wie Wassermann und Feuchtwanger ist in Hitler-Deutschland kein Platz. Aber für einen jüdischen Gauner hat Hitler Verwendung — als Spion gegen die Marxisten!

Christ am Pranger

Aus Holland schreibt man uns:

Die Holländische Grenzbevölkerung hat mitunter Gelegenheit, einen Blick über den Zaun des Dritten Reiches zu tun. So waren Holländer, die die deutsche Grenzstadt Gronau i. W. passierten, Zeugen eines Schauspiels, das so recht das wiedererwachte Mittelalter zeigt. Vor dem Rathaus von Gronau mußte ein Angestellter des Christl. Textilarbeiterverbandes unter Bewachung von zwei SA.-Leuten am Pranger stehen. Man hatte ihm eine Tafel mit der Aufschrift um den Hals gehängt: „Ich bin der größte Betrüger von Gronau.". Die SA.-Leute achteten streng darauf, daß das Schild und das Gesicht des Mannes den Straßenpassanten zugekehrt blieben. — Für die Holländer war das Schauspiel unfaßbar, sie fragten sich, ob in Deutschland 1933 oder 1533 geschrieben werde. Sittliche „Erneuerung", oder vier Jahrhunderte rückwärts!

Darré gegen Goebbels

Er will ihn im Sumpf ersticken.

Der neue Landwirtschaftsminister Walter Darré hat ein Buch geschrieben. „Das Bauerntum als Lebensquelle der nordischen Rasse", worin u. a. folgendes zu lesen steht:

„Die nordische Rasse hat sich durchaus nicht nur mit klaren Zuchtgesetzen **sowie einer** scharfen Ausmerze unter ihren Neugeborenen begnügt, um ihre erreichte Leistungshöhe zu halten. Nein, das ganze Leben jedes **Einzelnen stand** unter dem Gesetz, daß nur **durch** das **Ausjäten der Minderwertigen eine** Kultur auf ihrer Höhe zu erhalten ist.

Noch die Germanen erstickten Feiglinge, Kampfuntüchtige und Leute von verachtlichem Körper kunzerhand in den Sümpfen. Diese Maßnahmen sind deshalb recht bezeichnend, weil man Todesstrafen, die lediglich **zur Abschreckung** dienen sollten, durch **Erhängen der** Betreffenden ausführte. Erstickt **im Sumpf** wurde also nur, was aus züchterischen Gründen ausgemerzt, d. h. von der Oberfläche der Welt verschwinden sollte; eine Strafe im juristischen **Sinn sollte damit wohl überhaupt nicht** ausgedrückt werden. Ob im übrigen die nordische Rasse **sich** ihrer **Zuchtnieten** durch Ersticken entledigte — **heute hätten wir dafür die Möglichkeit der Sterilisation** — oder ob **der** Tierzüchter **seine Merztiere** dem Metzger anvertraut, ist im Grunde gleichgültig."

Nachdem neulich schon der Reichsinnenminister Frick ein ähnliches Programm entwickelt hat, kann der Reichspropagandaminister Goebbels von Glück sagen, wenn er nicht im Sumpf erstickt, sondern nur sterilisiert wird.

„In zivilisierten Ländern"

Das holländische Wochenblatt „Haagsche Post" teilt in seiner Nummer vom 10. Juni wörtlich und kommentarlos folgendes mit:

Die Haagsche Post" in Deutschland.

Die „Haagsche Post" kann künftighin nicht mehr nach Deutschland geliefert werden, da sie dort bis auf weiteren Befehl von der Naziregierung verboten worden ist.

In zivilisierten Ländern bleibt sie wie seit je erhältlich.

Das unberührbare Deutschland

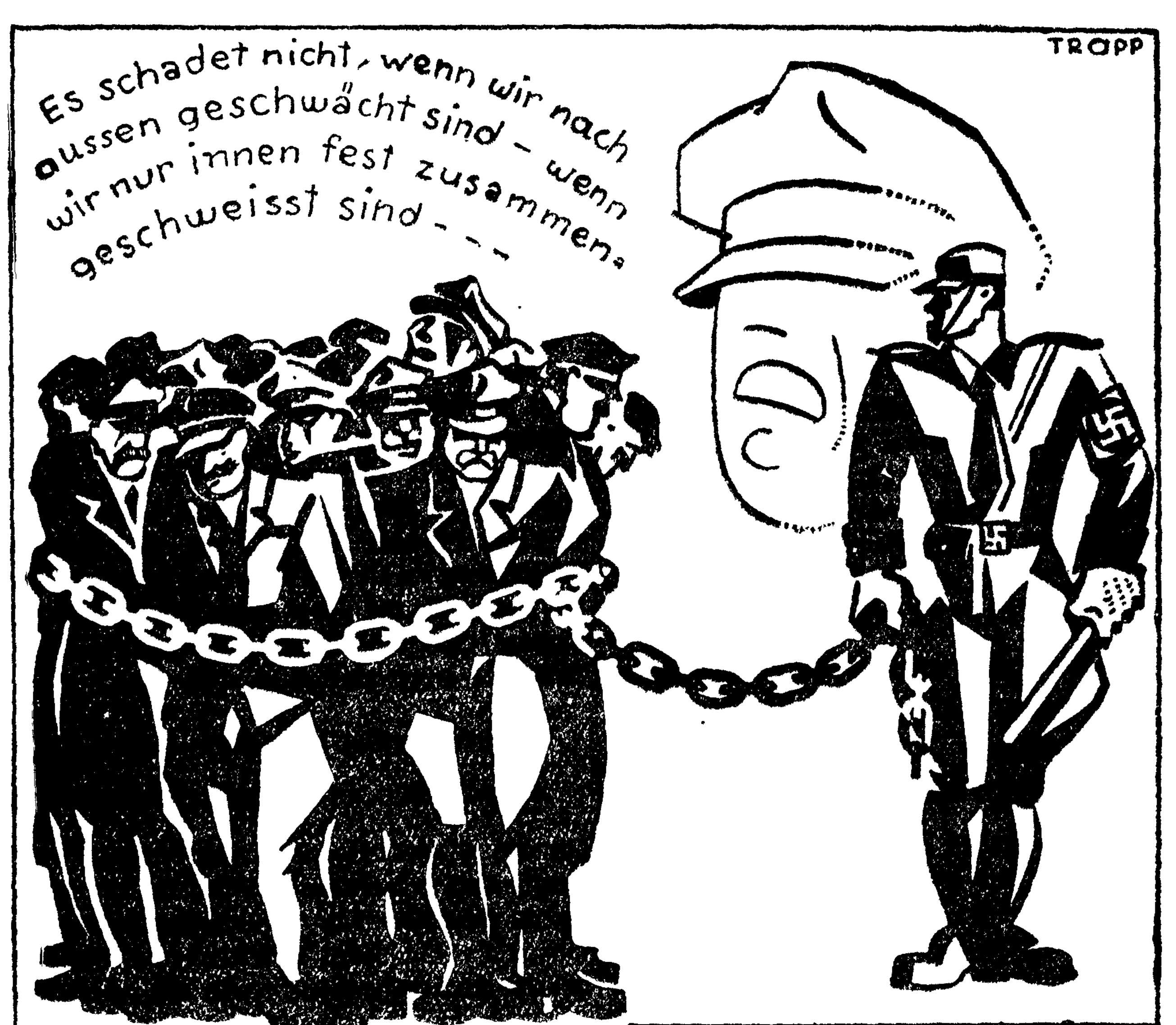
Aus Straßburg meldet die Pariser Presse:

„Seit einigen Tagen stellt man hier fest, daß die großen internationalen Züge, die in Richtung Straßburg-Paris den südlichen Teil Deutschlands durchqueren, keine Reisende mehr mit sich führen. Diese großen Züge von solchen Bahnen beförderten gewöhnlich zweihundert Reisende. Jetzt kommen sie mit zwei bis drei Passagieren an. Gestern hat der Luxuszug mit sieben Personen eine Höchstzahl erreicht. Die Reisenden ziehen den Umweg über Oesterreich und die Schweiz vor, um Deutschland nicht berühren zu müssen."

Ueberpreußen mit Schwert und Blitz

Bei einem Gartenfest der Technischen Hochschule in Charlottenburg hielt Ministerpräsident Göring eine Ansprache, in der er sagte: „Deutschland ist heute ein Ueberpreußen geworden. In diesem Sinne habe ich befohlen, daß der alte preußische Aar wieder das Schwert und den Blitz erhält, die ihm der Novemberskandal geraubt hat und zum Zeichen, daß er gewillt ist, zur Sonne emporzusteigen und das Heiligste mit dem letzten zu verteidigen."

Und Seldte sprach:



Außenamt wird gleichgeschaltet!

Aus dem Schweigen über Veränderungen im Personal des Diplomatischen Korps wird irrtümlich gefolgert, daß die Nazis diese Domäne der Feudalaristokratie unangetastet lassen wollen. Das ist aber ein Irrtum. Bereits seit Wochen sitzt im Auswärtigen Amt ein Fürst Waldeck als Nazikommissar mit der besonderen Aufgabe, alle Personalangelegenheiten im Sinne Hitlers und Rosenbergs zu behandeln.

Als eine der Früchte dieser Tätigkeit ist die Abberufung des Botschaftsrats Graf Bernstorff von London zu betrachten. Bernstorff wird durch einen Nazispitzel ersetzt werden, dem die besondere Aufgabe zufällt, den Botschafter von Hoesch, der auch jetzt noch als nichtgleichgeschaltet gilt, zu überwachen. Kann man zwar auf Hoesch wegen des unliebsamen Aufsehens, das seine Abberufung in England hervorrufen würde, im Augenblick noch nicht verzichten, so will man ihn doch scharf überwachen.

Die höheren Beamten des Auswärtigen Amtes betrachten es als ihre Aufgabe, den Blödsinn, den die Osafs machen, ein wenig zu mildern. Wenn auch sie erst geflogen sind, kann es besser werden!

Dänemark rüstet . . .

Grenzschutz gegen das Dritte Reich.

Der Kopenhagener „Social-Democraten", das Zentralorgan der dänischen Sozialdemokratie, die jetzt die Regierung Dänemarks führt, veröffentlicht in großer Aufmachung Mitteilungen über geheime militärische Vorbereitungen Deutschlands, insbesondere über die Militärausbildung der deutschen Jugend. In diesem Zusammenhang schreibt das Blatt:

Der dänische Ministerpräsident (der Führer der dänischen Sozialdemokratie, Stauning, Red.) hat wiederholt erklärt, daß die dänischen Sozialdemokraten mit der Zeit gehen müssen. Er hat jetzt selber das Verteidigungsministerium übernommen. **Unter den heutigen Umständen ist eine Abrüstung Dänemarks nicht mehr vertretbar.** Der Ministerpräsident wird vielmehr im Rahmen des Heeresgesetzes von 1932 die Aufgabe haben, **für die Verteidigung der Grenze zu sorgen, damit die Bewohner der Grenzgebiete nicht in ständiger Furcht vor einem Einfall irregulärer militärischer Truppen aus dem Süden leben müssen.**

Diese Aeußerung des dänischen Regierungsorgans ist um so bemerkenswerter, als, wie man weiß, die dänische Sozialdemokratie, bis vor kurzem die Forderung nach weitgehender Abrüstung der dänischen Streitkräfte in den Mittelpunkt ihrer ganzen Politik gestellt hatte. Es ist also Hitler-Deutschland glücklich gelungen, dem wirklich nordischen, wirklich demokratischen und wirklich friedlichen dänischen Volk seinen Pazifismus auszutreiben!

Versailles - fester denn je!

Zum 28. Juni, dem Unterzeichnungstag, schrieb die Londoner „Times":

Jener Teil der deutschen Reichsrede, der den Vertrag in Versailles als aufgezwungen und nicht in Verhandlungen ausbedungen kritisiert, kann nicht mit einer Handbewegung beiseite geschoben werden, und ebensowenig kann behauptet werden, daß die neuen Grenzen in Europa überall richtig gezogen worden sind. Das Deutschland Stresemanns und Brünings hatte auch schon begonnen, die Welt davon zu überzeugen, daß der Frieden in Europa nicht sicher begründet sein wird, so lange er nicht in Freiheit beraten und ohne Verwahrung angenommen worden ist. **Es ist eine der seltsamsten Ironien der Zeit, daß eine Bewegung, die selber eine Rebellion gegen den Vertrag darstellt, die Weltmeinung so verändert hat, daß die Revisionsfrage völlig in den Hintergrund getreten ist.** Für die Behandlung einer so delikaten Frage, wie die Revision eine ist, bleibt gegenseitiges Vertrauen die erste Grundbedingung. Das Nazi-Regime aber hat das Vertrauen wieder verloren, das die anderen Völker zu dem Deutschland nach dem Kriege zu empfinden begonnen hatten.

Dem ist nur noch hinzuzufügen, daß ja auch Hitler selbst durch Paraphierung des Viermächtepaktes für zehn Jahre auf die Revision verzichtet hat.

Stahlhelm muß SA. grüßen!

Der Bundesführer des gleichgeschalteten Stahlhelms, Seldte, hat angeordnet, daß die Stahlhelmer in Zukunft der SA und der SS die üblichen Ehrenbezeugungen zu leisten haben. Einzelheiten werden in einem ausführlichen Erlaß geordnet.

Finanzielle Reichszerstörung

Kommunen am Ende. — Reichsetat 1933, eine Buchfälschung. — Die allerneuesten Herren der Wirtschaft

Die Stadt Berlin teilt ihren Gläubigern ihre Zahlungsunfähigkeit mit. Mitten in den eingeleiteten Verhandlungen erklärt sie, nicht länger warten zu können und setzt einseitig die Zinsen auf 4 Prozent herab, während sie gleichzeitig „bis auf weiteres" die Zahlung von Tilgungsbeträgen aussetzt. Die Auslandsschulden und die kommunalen Pfandbriefe sollen zunächst von dieser „Regelung" ausgenommen werden. Vor kurzem hatte bereits der Berliner Stadtkämmerer die Schulden Berlins auf 1400 Millionen Reichsmark angegeben, wovon 226 Millionen täglich oder in kurzer Frist fällig seien; die Lieferanten werden erst nach Wochen oder Monaten bezahlt. Der Kämmerer selbst erklärt, die Stadt sei völlig zahlungsunfähig. Die Nachricht kommt deshalb einigermaßen überraschend, weil man annahm, daß durch den teilweisen Verkauf der Berliner Elektrizitätswerke die Finanzen halbwegs konsolidiert seien.

Aehnliche Erklärungen veröffentlichen Dresden und Lübeck.

Neben diesen Großstädten haben eine ganze Anzahl anderer Gemeinden ihren Gläubigern Ultimaten gestellt, und erklärt, die kurzfristigen Schulden nicht bezahlen zu können.

Die Zerrüttung der Kommunalfinanzen wird immer offensichtlicher,

während die nationalsozialistische Regierung sich um die dringende Umschuldung der Gemeinden nicht im geringsten kümmert und nicht nur dem Verfall tatenlos zusieht, sondern durch Herabsetzung der Steuern und Ueberwälzung neuer Lasten den Ruin der Gemeinden noch beschleunigt. Kein Wunder, daß die Wohlfahrtsunterstützungen immer mehr verringert werden. Die berühmte Milliarde des Hitler für Arbeitsbeschaffung wird, soweit sie überhaupt ausgezahlt wird, in dem Abgrund der Gemeindefinanzen verschwinden, um die Gemeinden in die Lage zu versetzen, die dringendsten Instandhaltungen an den Gebäuden und Wegen zu leisten und die *notdürftigsten Unterstützungen* auszuzahlen.

Die Lage der Länder und Gemeinden wird sich im Laufe des Jahres rasch weiter verschlechtern. Denn die schon im vergangenen Etatsjahr ganz ungenügenden Ueberweisungen des Reichs werden noch weiter verkürzt.

Der Reichsetat für 1933

ist jetzt drei Monate nach dem Beginn des Etatsjahrs im Kabinett verabschiedet worden. Es bleibt aber bei dem Skandal, daß die Oeffentlichkeit von dem wirklichen Inhalt kaum etwas erfährt. Es wird nur eine Reklamenotiz mitgeteilt, daß der Haushaltsplan in sich ausgeglichen sei. Aber selbst aus den spärlichen, schöngefärbten Notizen geht hervor, daß diese Behauptung ein frecher Schwindel ist.

Im Reichshaushaltsplan für 1932 waren die Ausgaben und Einnahmen mit rund 8.2 Milliarden veranschlagt. Die tatsächlichen Ausgaben betrugen 7.9 und die tatsächlichen Einnahmen 7.3 Milliarden. Das Defizit betrug 600 Millionen. Jetzt werden die Ausgaben für 1933 mit nur 5.9 Milliarden angegeben. Diese Verringerung ist nur scheinbar. 1.6 Milliarden, die den Ländern und Gemeinden überwiesen werden und früher im Reichsetat auf der Ausgaben- und Einnahmenseite erscheinen, werden jetzt von vorneherein abgesetzt. 400 Millionen dagegen sollen eine wirkliche Verminderung von Ausgabeposten darstellen.

Papier ist geduldig. Es kann nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß die Ausgaben der nationalsozialistischen Diktatur ständig wachsen. Die Ausgaben für die ständig vor sich gehende Aufrüstung, für

das immer mehr anwachsende Heer von Parteibuchbeamten und Kommissaren jeder Art,

für die Unterhaltung der SA. und SS., für die Arbeitslager, den freiwilligen- und den Zwangsarbeitsdienst, erscheinen offenbar überhaupt nicht im ordentlichen Etat. Es sind Ausgaben, die zunächst Wechselreiterei, in letzter Instanz durch die Notenpresse, geleistet werden, die aber den Etat immer stärker belasten müssen, wenn sie nicht rasch und unaufhaltsam zur Inflation führen sollen.

Noch schwindelhafter ist die Schätzung der Einnahmen. Die Regierung erklärt selbst, daß das Aufkommen an Steuern unter Berücksichtigung einer gewissen Belebung der Wirtschaft geschätzt worden sei. 1932 war das Aufkommen auf 5.4 Milliarden geschätzt und ergab in Wirklichkeit 4.9, eine halbe Milliarde weniger. Das hindert die Regierung nicht, die Einnahmen für 1933 auf 5.1 Milliarden anzusetzen, also sie um 200 Millionen auf dem Papier zu erhöhen.

In Wirklichkeit gehen die Einnahmen aber dauernd zurück.

Im Monat Mai betrugen sie z. B. 525,68 gegen 541.1 Millionen im Mai 1932. Dabei wird in dem neuen Etat der Posten für Schuldentilgung von 240 Millionen auf 100 Millionen herabgesetzt, und 100 Millionen soll der Verkauf von Reichsbankvorzugsaktien aus dem Besitz des Reiches erbringen, die wahrscheinlich ebensowenig vollständig eingehen werden wie im Vorjahr.

Im übrigen sind die Angaben so spärlich und durch das Weglassen aller Vergleichsziffern absichtlich im Dunkeln gelassen, daß sich eine wirkliche Etatskritik gar nicht anstellen läßt. Die Verhinderung jeder Kontrolle ist ja auch der Zweck, den die Regierung verfolgt. Aber das eine ist sicher: Von einem wirklichen Gleichgewicht der öffentlichen Finanzen ist keine Rede, das ganze Budget beruht auf einer

bewußten und absichtlichen Buchfälschung.

Unter solchen Umständen ist es umso bedenklicher, daß die Anhänger der Inflation im Bereich der Reichsregierung eine sehr bedenkliche Verstärkung erfahren haben. Da ist zunächst

Herr Gottfried Feder, der Brecher der Zinsknechtschaft,

der Erfinder des Feder-Geldes, zum Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums gemacht worden. Er ist bewußter und ausgesprochener Inflationist und wird sich darin sehr leicht mit dem Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums, Reinhard, treffen, der die Ausgabe von 3—5 Milliarden Arbeitswechsel propagiert, die natürlich ebenfalls nichts anderes als zusätzliches Papiergeld wären. Aber auch

Dr. Darré, der neue Ernährungsminister,

kann als Anhänger solcher Ideen gelten. Sein nächstes Ziel ist, eine neue Expropriation der Gläubiger. Er will die Hypothekenzinsen der Landwirtschaft auf 2 Prozent herabsetzen, was natürlich bedeuten würde, daß auch die Zinsen für die landwirtschaftlichen Pfandbriefe auf denselben Satz heruntergesetzt werden müßten. Das heißt, die Besitzer der Pfandbriefe würden zwei Drittel ihres Kapitals verlieren. Zur Zerstörung des öffentlichen Kredits käme die Zerstörung des privaten. Fortschreitende Inflation wäre die unausbleibliche Folge.

Dr. Richard Kern.

Briefwechsel Stuttgart-Wien

Der sogenannte „Staatsbeauftragte" bei der „Schwäbischen Tagwacht" hatte die Frechheit, der Verwaltung der Wiener „Arbeiterzeitung" folgenden Brief zu senden:

Stuttgart, den 26. Juni 1933.

Auf die bisherigen wiederholten Mahnungen haben Sie sich zu meinem Bedauern ausgeschwiegen. Da ich als Staatsbeauftragter verpflichtet bin, die Außenstände restlos beizutreiben, ersuche ich Sie hierdurch dringend, den noch offenstehenden Betrag von Mark 5.15 **bis spätestens 10. Juli auf das Postscheckkonto** der „Schwäbichen Tagwacht" zu überweisen, da ich sonst genötigt wäre, weitere Schritte zu unternehmen.

Hochachtungsvoll
„Schwäbische Tagwacht", G. m. b. H.
Der Staatsbeauftragte:
i. V.
Otto Fink.

Die Verwaltung der Wiener „Arbeiterzeitung antwortete:

An den Staatsbeauftragten bei der „Schwäbischen Tagwacht", G. m. b. H., Stuttgart.

Auf Ihr Schreiben vom 26. Juni erwidern wir: Wir haben von Ihnen niemals eine Mahnung erhalten, sonst hätten wir Ihnen schon früher folgendes zur Kenntnis gebracht:

Wir haben, obwohl wir mit den meisten sozialdemokratischen Blättern Deutschlands im Tauschverkehr standen, gerade die „Schwäbische Tagwacht" weder durch Tausch noch im Abonnement bezogen, so daß wir auch dem rechtmäßigen Eigentümer des Verlages nichts schuldig sind. Keinesfalls aber würden wir Ihnen, dem Räuber dieses rechtmäßigen Eigentums, einen Pfennig bezahlen. **Selbst für ein Land, das, wie jetzt das unglückliche Deutschland, von Banditen regiert wird, ist es eine ungeheuerliche Rechtsauffassung, daß jemand einen andern beraubt und bestiehlt — nämlich Sie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands — und daß dieser Räuber und Dieb dann das Recht haben soll, die Schulden des Beraubten einzutreiben.**

Mit der Ihnen gebührenden Verachtung

Die Verwaltung der Arbeiter-Zeitung.

Grund zur Verhaftung

Aufforderung zum Austritt aus der Bayrischen Volkspartei.

Gründe, verhaftet zu werden, gibt es in Deutschland ungezählte, und trotzdem reichen sie nicht aus, denn zumeist wird ja ohne Angabe von Gründen verhaftet. Dennoch scheint uns die folgende offiziöse Meldung besondere Achtung zu verdienen:

Im Verlaufe der allgemeinen Haussuchungen bei den Funktionären der Bayrischen Volkspartei wurde auch bei zwei höheren Beamten des Reichspostministeriums Material gefunden. **Die beiden Beamten hatten eine Anordnung vorbereitet, derzufolge die Beamten des Reichspostministeriums, die in großer Zahl Mitglieder der Bayrischen Volkspartei sind, aus dieser Partei auszutreten haben,** wobei offenbar ein besonderer Zweck verfolgt werden sollte. Einer der beiden, der als Nachfolger des Staatssekretärs Neumeier ausersehen war, mußte in Schutzhaft genommen werden. **Es ist demnach wohl kaum zu erwarten, daß der Nachfolger des Staatssekretärs aus den durch die Haussuchungen belasteten Beamtenkreisen genommen wird.**

In einem Augenblick, in dem die Spatzen schon auf den Dächern pfiffen, daß die Bayrische Volkspartei verboten wird, haben die beiden Beamten ein Zirkular verbreitet, das zum Austritt aus der Partei auffordert. Warum wurde dieses Entgegenkommen an die Intentionen der hohen Staatsregierung mit einer Verhaftung beantwortet? Dafür gibt es nur eine Erklärung. Der Mann war, wie gesagt, Kandidat für den Staatssekretärposten, da hat ihn ein nationalsozialistischer Konkurrent schlechtweg einsperren lassen.

Von Rechts wegen!

Judenkinder ins Gefängnis

Bei einer Trauerfeier für den in Palästina erschossenen Zionistenführer Arlosoroff in der Berliner Philharmonie wurden — wie Reuter meldet — etwa 80 Jungen im Alter von 10 bis 15 Jahren von SA überfallen und ins Polizeipräsidium verschleppt, wo sie die Nacht verbringen mußten. Grund: Neue einheitliche Kleidung hatte den Verdacht erregt, daß sie — — als Saalschutz dienen sollten!

Für die Juden nur Stehplätze.

In den Düsseldorfer städtischen Krankenhäusern ist ein Anschlag angebracht: „Nichtarische Studenten haben erst dann Platz zu nehmen, wenn die arischen Studenten sitzen."

Terror über Leipzig

Aus Leipzig wird uns geschrieben:

Auch in Leipzig hat die neue Welle des Terrorismus furchtbar gewütet. In den ersten Tagen des Juli sind etwa 65 alte Mitglieder der SPD. verhaftet worden, darunter der Reichstagsabgeordnete Saupe, fast alle männlichen und weiblichen Mitglieder der Landtags- und Stadtverordnetenfraktion und die Parteisekretäre, darunter mehrere, die erst vor kurzem aus der Haft entlassen worden waren.

Die Frauen der Verhafteten hatten sich in großer Zahl im Leipziger Polizeipräsidium eingefunden und verlangten sehr energisch, ihre Männer zu sprechen. Sie sind aus dem Gebäude des Polizeipräsidiums unter Anwendung von Gummiknüppeln getrieben worden. Daraufhin ist ein großer Teil der Inhaftierten nach einem Konzentrationslager gebracht worden, aber nicht nach dem Konzentrationslager Colditz, das sich in der Nähe Leipzigs befindet, sondern nach Flöha, das nur mit großen Kosten und erheblichem Zeitaufwand erreicht werden kann. Sie sind dort so gut wie verschollen und der völlig unkontrollierten Willkür der SA. preisgegeben.

Revolution gegen Hitler

Die Partei hat, wie heute angekündigt, eine Broschüre „Revolution gegen Hitler" herausgegeben. Der nachfolgende Artikel enthält die grundsätzliche Einstellung der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratische Partei hat bisher im Kampf um die Macht die Form der legalen, die Grundgesetze der Verfassung achtenden parlamentarischen Partei angewandt, ei es als Regierungspartei, sei es als parlamentarische Opposition; bald mit dem Ziel, zur Regierung zu gelangen, bald mit der Verpflichtung, die Regierung abzugeben, wenn es der auf demokratisch-verfassungsmäßigem Wege ausgesprochene Volkswille erfordern sollte. Mit dem Sturz der Demokratie und der demokratischen Verfassung ist diese Form der politischen Aktivität unmöglich geworden. Jeder Versuch, diese rein parlamentarische Form aus dem demokratischen System in das faschistische System zu übertragen, würde eine Anerkennung des faschistischen Systems bedeuten. Dem Regime ohne wirkliches Parlament und ohne Anerkennung von Staatsbürgerrechten gegenüber sich auf parlamentarische Opposition beschränken zu wollen, würde den Uebergang zu einer Systempartei bedeuten.

Die neue Form der Machtäußerung der Sozialdemokratischen Partei und des sie tragenden Willens weiter Arbeiterschichten zu Freiheit und Sozialismus muß deshalb revolutionär sein. Nationalsozialismus und Sozialismus sind feindliche Prinzipien, die sich unversöhnlich gegenüberstehen, es gibt zwischen ihnen keinerlei Gemeinschaft, sondern nur Kampf auf Tod und Leben. Der Nationalsozialismus ist Gegenrevolution mit scheinrevolutionären Mitteln. Er war bis vor kurzem noch Gegenrevolution im alten deutlich erkennbaren Gewande — er hat jetzt die Maske einer Revolution von unten vorgenommen. Ihm die Maske vom Gesicht zu reißen, der Todfeindschaft zwischen Sozialismus und Nationalsozialismus äußeren Ausdruck zu verleihen, die geeignete Form des Machtkampfes gegen die nationalsozialistische Despotie in unversöhnlicher Haltung zu finden und anzuwenden, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Das gegenwärtige Regime in Deutschland vermag wohl die Sozialdemokratische Partei in ihrer legalen parlamentarischen Form zu zerschlagen, aber es vermag nicht ihr Wesen und ihre geistige, politisch-willensmäßige Grundlage zu berühren. Nicht der Marxismus läßt sich zertrümmern, lediglich eine seiner äußeren politischen Erscheinungsformen. Für unsere Zukunft ist deshalb nicht von entscheidender Bedeutung die Zertrümmerung unserer bisherigen Parteiform, sondern die Frage, ob wir selbst die Vernichtung unserer Zukunft durch eigene falsche Mittel und Methoden heraufbeschwören! Nur wenn wir die historische Aufgabe der Sozialdemokratie vergessen, wenn wir selbst abgehen von der historischen Linie, die uns durch das Gesetz unserer Grundideen vorgeschrieben ist, droht uns die wirkliche Vernichtung! Dann erst würde die Vertretung der Klasseninteressen des arbeitenden Volkes den Kommunisten zufallen!

Es gilt deshalb, dem gegenwärtigen Regime völlig kompromißlos gegenüberzutreten! Der Zukunftswert der intransigenten, d. h. unversöhnlichen Opposition liegt daran, daß sie uns unbelastet erhält für den Tag, an dem das gegenwärtige Regime am Ende sein wird. Der oberste Satz dieser unversöhnlichen Opposition lautet: Es gibt nichts Gemeinsames mit diesem Regime, weder in der Idee noch im Willen, noch im Handeln! Es gibt keine gemeinsame Aktion, keine gemeinsame Erklärung — nicht einmal über selbstverständliche Dinge! Mit unseren Feinden gemeinsam erklären wir nicht einmal, daß der Himmel blau ist; denn es gibt keine gemeinsame Basis, auf der wir uns mit ihnen begegnen könnten!

Unser Ziel ist, die nationalsozialistische Despotie zu stürzen! In dieser unversöhnlich revolutionären Haltung liegt die Garantie unserer Zukunft!

---

4 Monate Blutherrschaft

Graf Reventlow warnt den Despoten

Ungeheures Aufsehen erregt in den Kreisen der Nazis ein Brief des bekannten Naziführers Grafen Reventlow an Hitler, worin er die fürchterlichen Bestialitäten der SA. bestätigt und die Folgen ausmalt, die infolge dieser Blutherrschaft entstehen müssen. Der Brief wird natürlich in Deutschland rücksichtslos unterdrückt. Auch die Tatsache, daß in Düsseldorf bei einer „Nachtfelddienstübung" ein regelrechtes Feuergefecht zwischen SA. und SS. stattfand, wobei es 20 Verwundete gab, wird amtlich totgeschwiegen.

Reichstag. Potsdam, den 3. April 1933. Abgeordneter.

Verehrter Herr Reichskanzler und Führer!

Ich fühle mich zu den folgenden Darlegungen verpflichtet:

Die Verfolgung und Mißhandlung von Gewerkschaftler durch die SA. dauern fort und haben Ausmaße angenommen, die meiner Ueberzeugung nach sehr schwere Gefahren mehrfacher Natur einschließen. Der typische Gang ist:

die betreffenden Gewerkschaftler, auch Frauen, werden in ein SA.-Lokal geschleppt, dort geprügelt und mißhandelt, teils in einer Weise, die sich schwer wiedergeben läßt.

Nicht selten werden ihnen auch in ihren Wohnungen Eigentumsgegenstände weggenommen. In besetzten Gewerkschaftshäusern finden Demolierungen statt, häufig wurde das Geld fortgenommen, darunter Spargelder von Jugendgruppen.

Alles in allem wird in diesen Wochen eine Summe von Haß erzeugt, die ich für eine schwere Gefahr halte,

ganz abgesehen von der wenig volksgenössischen Ungerechtigkeit des ganzen Vorgehens. Die freien Gewerkschaften haben immerhin noch vier Millionen Mitglieder, dazu kommen weitere Millionen Familienangehörige.

Das Vorgehen der SA. ist gefühlsmäßig bis zu einem gewissen Grad verständlich, aber dieser Grad ist schon längst weit überschritten. Die Gemißhandelten fliehen zum Teil ins Ausland, weil man ihnen für die Zukunft droht, benehmen sich dabei teilweise sehr anständig, z. B. wurde ein Arbeitsstudent ganz furchtbar zugerichtet, weigerte sich trotzdem einem englischen Journalisten, der ihm Geld bot, ein Interview über seine Mißhandlung, von denen dieser gehört hatte, zu machen. Der Zudrang zum Stahlhelm von diesen Seiten führt sich zum Teil darauf zurück, daß man sich vor den Mißhandlungen sicherstellen will.

Es ist nicht selten übrigens, daß ihnen schriftliche Erklärungen abgezwungen werden, daß sie gut behandelt worden seien.

Es ist natürlich, daß bei einer Staatsumwälzung anormale Dinge vorkommen, aber ich muß immer wieder auf die schwere Gefahr hinweisen für unsere innere Zukunft, indem wir diese Millionen von Volksgenossen in Haß und Verbitterung hineinstoßen lassen, anstatt sie zu gewinnen.

Ich darf noch auf einen Punkt hinweisen: Herr von Papen und seine Kreise scheinen an den angedeuteten Vorgängen stark interessiert zu sein, ebenso die Reichswehr. Man hofft augenscheinlich aus dieser Tätigkeit der SA. Boden gegen die NSDAP. zu gewinnen. Schließlich könnte es auch dahin kommen, daß die SA. sich überhaupt gewöhnt an die Auffassung, sich als selbständig verfolgender Richter anzusehen: psychologisch läge das beinahe nahe.

Die marxistisch geführten Arbeitermassen sind jetzt, auch abgesehen von den Gewerkschaften, völlig zerstört, ratlos, verzweifelt. Der Augenblick, mit ihrer Gewinnung zu beginnen, ist da. Gerade Sie, Herr Reichskanzler und Führer, können angesichts dieser Stimmung Großes und Entscheidendes bewirken. Bitte, tun Sie es: nationale, außenpolitische und innenpolitische Interessen, soziale Notwendigkeit und volksgenössisches Empfinden, Gerechtigkeit und Großherzigkeit — alles vereint sich hier wie in einem Brennpunkt.

Die mir gewordenen Mitteilungen stammen von Gewerkschaftsführern, die mir als national bekannt sind und seit Jahren in Opposition zur SPD.-Leitung standen.

Mit Hitler-Heil und deutschem Gruß

Graf E. Reventlow,

Potsdam, Große Weinmeisterstr. 62."

* * *

Dies der wesentliche Inhalt des sehr interessanten Briefes. Graf Reventlow ist ein alter Führer der nationalsozialistischen Bewegung, den man nicht mit einer Handbewegung abtun kann. Er ahnt, was kommen wird, wenn dieses Blutregime, das selbst Frauen auspeitschen läßt, einmal zusammenbricht. Deshalb seine Warnung, die jedoch bei diesem Abschaum der Menschheit wirkungslos verhallen wird.

Also: Haß, millionenfacher Haß diesem Banditensystem! Aber diesen heiligen Haß wollen wir in Kraft umwandeln, denn jeder Tag, den wir diesem System am Leben kürzen, ist ein Geschenk an die Menschheit.

Scharfe Patronen gegen Platzpatronen

Aus Düsseldorf wird uns geschrieben: In der Nacht zum 17. Juni fand bei Neuß am Rhein eine Nachtfelddienstübung der SA. und SS. statt. Diese Felddienstübungen finden regelmäßig statt. Sie gehören zu der planmäßig betriebenen militärischen Ausbildung von Hitlers braunen Soldaten. Bei dieser Felddienstübung bei Neuß aber gab es einen unliebsamen Zwischenfall. Die daran beteiligte SS. hatte Gewehre mit scharfen Patronen mit, während die SA., die als zweite Abteilung den „Feind" markierte, nur mit Platzpatronen ausgerüstet war. Als sich die Abteilungen im Feuergefecht gegenüberlagen, schlugen plötzlich in die Reihen der SA. Geschosse ein. Die SS. hatte von ihrer scharfen Munition Gebrauch gemacht, um der rebellischen SA. einen Denkzettel zu verabreichen. 20 Verwundete lagen auf dem Platz.

Dieser Vorfall in Neuß ist ein Einzelfall. Er weist nur darauf hin, daß gerade in dem westlichen Industrierevier ganz besonders krisenhafte Zustände in Hitlers Armee sind. In dem Revier, wo die Klassengegensätze immer schärfer in Erscheinung traten, gehören besonders viel proletarische Elemente der SA. an. Diese haben die sozialistischen Phrasen Hitlers ernster genommen und verlangen Maßnahmen gegen die jetzt sich besonders unsozial benehmenden schwerkapitalistischen Großausbeuter. Die proletarisierte SA. im Indusriegebiet ist für Hitler nicht zuverlässig genug und erweist sich in steigendem Maße als Unruheherd. Aus diesem Grunde haben die nationalsozialistischen Führer gerade im Indusriegebiet mit Nachdruck sich bemüht, die aus zuverlässigen Elementen zusammengesetzte SS., in der Bürgersöhne vorherrschend sind, besonders zu stärken und der SS. ein Uebergewicht über die nicht so zuverlässige SA. zu geben. Die Folge davon ist eine scharfe Rivalität zwischen SA. und SS., die sich in fast täglichen Zusammenstößen auswirkt.

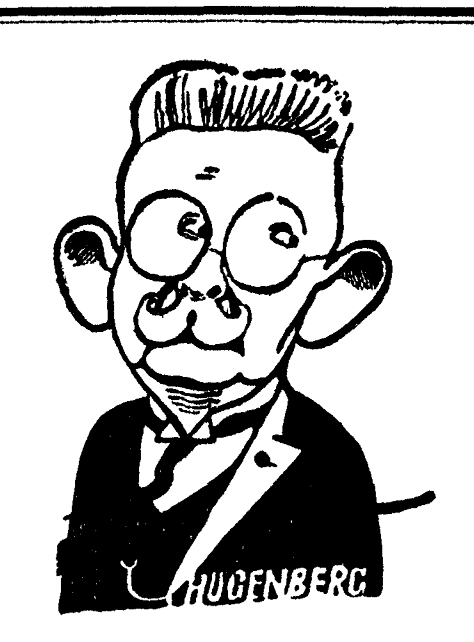
Das blutige Grauen

Unser holländisches Parteiblatt bringt als Mitteilung eines „Komitees gegen den Terror in Deutschland" Nachrichten über neue Brutalitäten der SA. und über entsetzliche Zustände in den Konzentrationslagern, besonders in Dachau. Mit Namensanführung wird erzählt, wie Gefangene gemordet oder durch unerhörte Quälereien zum Selbstmord getrieben würden. Darunter soll sich auch ein ehemaliger Major und SA-Führer, der angeblich mit der Polizei in Verbindung gestanden habe, befinden. Immer wieder würden Leute auf der Flucht erschossen, und einer der Gefangenen, der als Zimmermann im Lager tätig sei, habe bereits vierzig Särge anfertigen müssen.

Auch der Kopenhagener „Sozialdemokrat" enthält ähnliche Nachrichten.

Reichstagsbrand - 1½ Jahre

Das Dortmunder Sondergericht verurteilte den Sozialdemokrat Windmöller zu einem Jahr und sechs Monate Gefängnis, weil er behauptet hatte, der Reichstagsbrand sei von Nationalsozialisten gelegt worden.



Nun hat auch er erfahren, Was deutsche Treue heißt!

Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.